

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt

Von Philipp Müller

Wohlstand ohne Wachstum ist das Mantra der Grünen, Wohlstand dank Umverteilung jenes der Linken. Die Realität zeigt: Beides ist unmöglich – auch in der Wirtschaft gelten Naturgesetze. Und diese geben seit 500 Jahren Thomas Hobbes recht: Wohlstand gibt's nur bei Arbeit und Sparsamkeit. Linksgrüne Heilsversprechen mögen den Zeitgeist der Schweiz treffen, die nach einem Jahrzehnt ohne Rezession den wirtschaftlichen Katzenjammer der 1990er Jahre vergessen hat.

Die Schweiz ruht auf den Lorbeeren der Vergangenheit aus. Das ist gefährlich: Erstens zersetzt uns die linke Neid- und Umverteilungskultur: Dank Wachstum können wir uns heute im Vergleich zu 1998 fast 20 Prozent mehr leisten. Gewonnen haben alle: Den grössten Sprung schafften die «ärmsten» 20 Prozent mit einem Zuwachs von 26 bis 37 Prozent. Wir haben die kleinsten Unterschiede beim individuellen Arbeitseinkommen und (vor Steuern und Abgaben) die höchsten Einkommen aus Lohn und Vermögenserträgen. Klar nehmen Letztere zu, denn seit 1848 hatten wir weder Krieg noch Katastrophen, welche Vermögen noch effizienter zerstören als linke Umverteiler. Wer gegen Unternehmen, Vermögende und gut Verdienende wettet, sägt am eigenen Ast und wird eines Tages aufwachen und kein Geld mehr für Sozialwerke, Infrastruktur oder Bildung haben.

Zweitens regulieren wir uns zu Tode: So sollen neustens Sammelklagen eingeführt und in der Schweiz ansässige Firmen für Gesetzesverstösse haftbar gemacht werden, die irgendwo auf der Welt passiert sind. Und im Privatbereich soll der Bürger von der Wiege bis zur Bahre bevormundet und «betreut» werden. Dringend nötig ist da die Rückkehr zum gesunden Menschenverstand und zu den urfreisinnigen Werten Freiheit, Gemeinnsinn und Fortschritt. Nur so sichern wir unseren Wohlstand:

► Freiheit statt Überregulierung: Der Wildwuchs an Baunormen und die Mehrwertsteuer sind die teuersten Bürokratiemonster. Bei Ersterem fordert die FDP eine formelle Harmonisierung, damit ein Meter von Genf bis Rorschach gleich lang ist. Bei Letzterem fordern wir einen Einheitssatz von 6 Prozent, ohne Mehr- oder Mindererträge.

► Gemeinnsinn dank der Reform der Sozialwerke: Ein heute Geborener zahlt jährlich 1600 Franken Transfers für kommende, horrende AHV-Defizite. Das gefährdet den Generationenvertrag, die linken «Reform»-Vorschläge mit einer massiven Mehrwertsteuererhöhung gefährden unseren Wohlstand. Anders das FDP-Rezept: erstens altersunabhängige BVG-Beitragsätze (die heutige Abstufung nach Alter benachteiligt ältere Arbeitnehmer), zweitens Teilzeitmodelle statt Frührenten, drittens eine Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann sowie viertens eine Schuldenbremse bei der AHV, welche die AHV beim zu befürchtenden Reformversagen durch einen Mix von maximal einem Mehrwertsteuerprozent und etwas längerem Arbeiten im Lot hält.

► Fortschritt für mehr Klimaschutz: Energiepolitik über Subventionen führt in die Sackgasse. Deutschlands 100 Milliarden Euro Subventionen verzögern die Erderwärmung 2100 um 37 Stunden; durch den Ersatz der Atomkraft durch Kohle ist die CO₂-Bilanz miserabel, während der bisherige Klimaschutz USA dank neuer Technologie Kohle durch Erdgas ersetzt und grösste Fortschritte macht. Auf den technologischen Fortschritt zählt auch die FDP. Deshalb unterstützen wir wirksame Effizienzstandards für neue Geräte, fordern die Aufhebung ineffizienter Subventionen, die Liberalisierung des Strommarkts und eine modifizierte CO₂-Abgabe, von der sich etwa Hausbesitzer bei einer Sanierung befreien können.

Die wichtigste Frage für unseren Wohlstand ist aber unser Verhältnis zu Europa. Als Exportnation sind wir auf Marktzugang im Ausland und qualifizierte in- und ausländische Mitarbeiter angewiesen. Die FDP steht konsequent für den bilateralen Weg. Diesen wollen wir wie folgt sichern:

► Korrekte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative: Der Bundesrat geht da in die richtige Richtung, wagt sich aber weiter nicht an die Begrenzung der Zuwanderung aus Staaten, die nicht der EU oder der Efta angehören.

► Korrekte Umsetzung des Volkswillens auch bei der Sozialpartnerschaft: Die flankierenden Massnahmen über einfachere Allgemeinverbindlicherklärungen von Gesamtarbeitsverträgen auszubauen, widerspricht den 76 Prozent Nein-Stimmen zur Mindestlohninitiative. Sozialpartnerschaft muss gelebt statt von Staat und Gewerkschaften aufgezwungen werden.

► Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials dank der Fachkräfteinitiative von Bundesrat Schneider-Ammann.

► Langfristige Sicherung der Bilateralen. Hier sind die Volksrechte zwingend einzuhalten.

► Sicherung des Forschungsstandorts Schweiz durch mehr weltweite Zusammenarbeit, da die integrale Teilnahme an EU-Forschungsprojekten erschwert bleibt.

Die kommenden Monate bringen innen- und aussenpolitische Konflikte. Mit einem glaubwürdigen Vorgehen werden sich Volk, Unternehmen und europäische Partner an eine Lösung herantasten. Auf diesem Weg erwarten wir von der Wirtschaft Gemeinnsinn: Sie soll den Volkswillen respektieren und freiwillig Einheimische anstellen, statt nach verfassungswidrigen Lösungen zu rufen.

Die Schweiz ist eine Insel des Wohlstands. Damit das so bleibt, müssen wir bewährte Werte leben: Fleiss und Gemeinnsinn sind die Grundlagen unseres Wohlstands. Dank Freiheit und technologischem Fortschritt konnte unser Land sein grosses Potenzial entfalten. Mit diesen Werten kämpft die FDP seit 167 Jahren – der Wohlstand der Schweiz gibt uns recht.

.....
Philipp Müller ist Aargauer Nationalrat und Präsident der FDP Schweiz.